

„Innovative Bürgerbeteiligung in Taiwan – Was wir in Europa und Rostock davon lernen können“

Zusammenfassung der Veranstaltung am 6.5.2021

Die drei Referent*innen des Abends, Prof. Shieh, Frau Fuh und Frau Wang¹, leiteten zunächst aus der wechselvollen Geschichte Taiwans her, dass dort das Bedürfnis nach Transparenz und Partizipation seit 2016 (Beginn der Regentschaft von Premier Tsai, Ing-Wen) besonders ausgeprägt ist. Innerhalb weniger Jahre hat sich in Taiwan eine starke offene Zivilgesellschaft herausgebildet – die Bevölkerung eint das Bedürfnis, nach den langen Jahren der politischen Bevormundung die Demokratie zu verteidigen und nachhaltig zu sichern. Audrey Tang, Taiwans Ministerin für Digitales, startete 2016 die Initiative „DIGI Plus“, wobei die vier Buchstaben für die Kriterien Development – Digital Economy – Smart Nation und Civil Society stehen: es geht darum, digitale Beteiligungsformate zu etablieren, die alle Menschen einbeziehen („no one left behind“). Aus dieser Situation heraus wurden verschiedene innovative Beteiligungs- und Transparenzformate entwickelt wie folgt:

- **Residential Hackathon:** Kooperation von Bürger*innen und Expert*innen zur Entwicklung einer Lösung zu einem bestimmten, im Vorfeld definierten Problem. Hier kann sich jede*r Bürger*in als Teilnehmer*in registrieren und die eigene Expertise beschreiben, mit der er*sie am Hackathon teilnehmen möchte. Die Regierung stellt die technische Infrastruktur bereit und bietet technische und organisatorische Hilfestellungen.
- **Anti-Fake News-Kampagnen:** Hier werde mit der künstlichen Intelligenz namens „Tante Meyin“ gearbeitet, die man als Mitglied in Chatgruppen (Whatsapp etc.) einladen könne, um dort veröffentlichte Nachrichten auf ihren Wahrheitsgehalt prüfen zu lassen.
- **Participation Officer:** Diese sind dafür verantwortlich fungieren als Schnittstelle zwischen e Regierung und öffentlichem Sektor auf der einen und den Bürger*innen auf der anderen Seite rgern (sowohl der „Netzgemeinde“ als auch den weniger Internet-affinen Personen). Sie „übersetzen“ zwischen beiden Seiten und vermitteln so zwischen unterschiedlichen Perspektiven und „Sprachen“ (im Sinne von politischer und allgemein benutzter Sprache). Außerdem sind sie Moderator*innen des

¹ **Prof. Jhy-Wey Shieh**, war von 2003 bis 2005 als Kolumnist der Liberty Times tätig und anschließend von 2007 bis 2008 Minister und Leiter des Regierungsinformationsamts und Regierungssprecher Taiwans. Aktuell ist er der Botschafter Taiwans in der Bundesrepublik Deutschland.

Pey-Fen Fuh wurde in Taiwan geboren. Sie lebt seit dem Beginn der 1990er Jahre in Deutschland und ist derzeit als Rechtsanwältin in Frankfurt am Main tätig. Sie ist die ehrenamtliche Vorsitzende der World Federation of Taiwanese Associations (Taiwan Verein). Dieser Verein wurde in den 1970er Jahren in mehreren Ländern in Asien, Europa und Amerika gegründet und hat die Förderung der Demokratie und der taiwanesischen Kultur zu ihrem Kernanliegen erklärt. Viele der Vereinsmitglieder engagieren sich hierfür seit vielen Jahren und haben dadurch in der politischen Geschichte Taiwans sehr wichtige Rollen gespielt.

Shiuan-Ru Wang ist eine taiwanesische Klimaaktivistin, die über die Beteiligungsplattform JOIN die Plastikinitiative "We should reduce disposable tableware" organisiert hat. Sie ist Studentin der Innenarchitektur an der Chung Yuan Christian University (CYCU). Sie brachte 2017 im Rahmen einer Hausaufgabe in Gemeinschaftskunde auf einer Regierungswebseite „JOIN“-Plattform eine Bürgerinitiative ein, mit dem Ziel, Einweggeschirr und Einwegbesteck zu reduzieren. Zwei Jahre später beschloss die Regierung Taiwans einen Aktionsplan, schrittweise die Plastikprodukte, wie Tüten und Strohhalme, zu reduzieren. Bis 2030 sollen Einweggeschirr und Plastiktüten komplett abgeschafft werden. Heute ist sie Mitglied des Taiwan Open Government National Action Plan Komitees.

Beteiligungsprozesses, organisieren Treffen der Stakeholder in Bezug auf ein Anliegen und assistieren bei der Lösungsfindung bzw. der Formulierung der Ergebnisse (nächste Schritte bzw. ein Gesetz).

- **Beteiligungsplattform JOIN:** Am Beispiel ihrer eigenen Initiative zum Thema Plastikmüllvermeidung erklärte die Aktivistin Shiu-an-Ruh Wang die Funktionsweise der Plattform: ähnlich den deutschen Petitionsplattformen könne man dort ein Anliegen vorstellen und dann um Unterstützung werben. Gelänge es, mindestens 5000 Befürworter des Anliegens zu gewinnen, werde die Regierung mit der Lösungsfindung beauftragt, was mit einer Prüfung bestehender relevanter Ansätze und der daran anknüpfenden Erarbeitung neuer Konzepte beginne. In ihrem Fall habe die JOIN-„Petition“ in die Diskussion des Themas auf einer nationalen Konferenz und die anschließende Verabschiedung des Beschlusses „Taiwan plastikfrei bis 2030“ gemündet, erläuterte Shiu-an-Ruh Wang.
- Die **Taiwan Open Government National Action Plan Komitee** als Instrument der Verständigung zwischen Bürger*innen und Regierung. Darin seien nicht nur Vertreter*innen der 26 verschiedenen Ministerien sondern auch Bürger*innen unterschiedlichsten Alters und unterschiedlichster Expertise vertreten. In monatlichen bis zwei-monatlichen Treffen würden sie sich in verpflichtenden Konferenzen über Probleme austauschen, für die es strategische Lösungen zu entwickeln gelte. Für die Bürger*innen biete das Instrument eine Beteiligungsmöglichkeit, für die Regierung die Sicherheit, dass Entscheidungen von den Bürger*innen mitgetragen würden.

Die Nachfragen aus dem Publikum bezogen sich vor allem auf die konkrete Funktionsweise der Plattform JOIN und auf Fragen des Datenschutzes. Die Referent*innen erklärten in ihren Redebeiträgen, dass es auch in Taiwan die Zustimmung der Bürger*innen zur Verwendung ihrer Daten brauche. Grundsätzlich sei jedoch die Einstellung der Menschen zur Datennutzung durch Behörden eine andere: Die Menschen in Taiwan seien durchaus bereit, zur Entwicklung unbürokratischer Lösungen anonymisierte Daten zur Verfügung zu stellen. Es gebe hier offenbar eine andere Vertrauensbasis, die Menschen würden von der Regierung grundsätzlich eher eine Vertretung ihrer eigenen Interessen erwarten.

Ergänzend zu den präsentierten Beteiligungslösungen wurde die Plattform POLIS diskutiert, die in Konfliktfällen die Herstellung eines „rough consensus“ (Grobkonsens) und darüber das Finden von Lösung für Interessenskonflikte ermögliche.²

Weiterführende Links:

Herausarbeitung der transferierbaren Konzepte: <https://fosteringinnovation.de/digitale-demokratie-europa-kann-von-taiwan-lernen/>

Vortrag von der Ministerin für Digitales Taiwan, Audrey Tang: <https://youtu.be/bBcFnCenC4I>

² U.a. erläutert unter: <https://www.theguardian.com/world/2020/sep/27/taiwan-civic-hackers-polis-consensus-social-media-platform>